

## **Rede Joachim Schramm, Wittener Friedensforum**

### **Friedenskundgebung "Die Waffen nieder – nein zum Krieg!", Witten, 5.3.22**

Seit über einer Woche tobt jetzt der Krieg in der Ukraine, tausende Menschen sind getötet worden, ukrainische Soldaten und Zivilisten aber auch junge russische Wehrpflichtige, von denen viele sicherlich nicht freiwillig den Krieg mitmachen. Jeder Tote im Krieg ist einer zuviel. Mit dem Angriff auf die Ukraine hat die russische Regierung schwere Schuld auf sich geladen und diese Schuld wächst mit jedem Tag, den der Krieg andauert. Deshalb geht auch heute von hier aus unser Appell an die russische Regierung, an Präsident Putin: Stoppen Sie diesen Krieg! Nach dem Jugoslawienkrieg vor 25 Jahren ist der Krieg erneut zurück in Europa. Vielleicht weil der Kalte Krieg noch länger zurückliegt und wir uns an Frieden in Europa so gewöhnt hatten, macht der Ukraine-Krieg die Menschen bei uns so betroffen. Die zahlreichen Friedensdemonstrationen in den letzten Tagen sind ein gute Zeichen, (z.B. gestern die Demo der Schülerinnen und Schüler hier in Witten) dass hunderttausende nicht tatenlos zusehen wollen sondern ein Statement gegen Krieg, ein deutliches Signal an die russische Regierung senden wollen, die Kämpfe umgehend einzustellen. Dafür sind auch wir heute hier.

Auch die große Hilfsbereitschaft gegenüber den Flüchtlingen ist ein schönes Zeichen von Mitgefühl. Getrübt wird die Freude darüber durch die Berichte, dass an der Grenze zu Polen es Übergriffe gegenüber dunkelhäutigen Menschen gegeben hat, die in der Ukraine lebten und nun ebenfalls flüchten müssen. Ich hoffe, dass solche Übergriff gestoppt werden und das dieses Mitgefühl demnächst auch wieder stärker für die Geflüchteten aus anderen Kriegs- und Krisenregionen gilt und der unselige Satz "2015 darf sich nicht wiederholen" der Vergangenheit angehört. Wenn die EU es will, kann sie große Mengen Flüchtlinge aufnehmen. Das Leid der Menschen in der Ukraine führt uns allen den Satz vor Augen, unter dem sich weltweit Kriegsgegner zusammengeschlossen habe: Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Es ist die Grundsatzklärung der Internationale der Kriegsdienstgegner. Der gestrige Angriff auf das ukrainische Atomkraftwerk unterstreicht diesen Satz, der Angriff hat deutlich gemacht, wie verletzlich moderne Gesellschaften in Europa sind und wie brandgefährlich der Ukraine-Krieg ist. Und dieses Verbrechen, dass wir im Augenblick in der Ukraine beobachten, macht uns natürlich in weiten Teilen hilflos. Man möchte den Menschen helfen, dafür sorgen, dass das Töten aufhört. Um das zu erreichen gibt es verschiedene zur Zeit begangene Wege. Der eine Weg baut auf Sanktionen, die Abkopplung der russischen Wirtschaft vom Rest der Welt aber auch die Isolierung im Bereich des Sports und der Kultur. Damit sollen zum einen Zeichen gesetzt werden, zum anderen aber konkreter wirtschaftliche Druck vor allem auf die russischen Entscheidungsträger ausgeübt werden, auch mit dem Hintergedanken, die Bevölkerung in Russland gegen den Kriegskurs aufzubringen. Der andere Weg ist die Unterstützung der ukrainischen Armee mit Waffen, in der Hoffnung, so den Widerstand zu festigen und den militärischen Preis für den russischen Vormarsch zu erhöhen. Ein weiterer Weg ist die Solidarität mit den Menschen, die in Russland gegen den Krieg protestieren, durchaus tausende, die sich aber starken Repressionen ausgesetzt sehen. Auch die Menschen, die sich in der Ukraine gewaltlos russischen Panzern entgegenstellen und sie aufhalten, sind mutige Schritte.

Was ist der richtige Weg, was am erfolgversprechendste? Da gehen die Meinungen auseinander. Da gibt es Stimmen, die befürchten, dass der wirtschaftliche Druck die Stimmung im Russland eher negativ beeinflusst und Bevölkerung und Regierung zusammenschweißt. Bei den Waffenlieferungen wird zu recht darauf verwiesen, dass durch die Waffen der Krieg nur weiter verlängert wird, die Ukraine ihn nicht gewinnen kann und die Zahl der Opfer auf allen Seiten immer weiter ansteigen wird.

Die Solidarität mit den Kriegsgegnern ist ein starkes Zeichen auch des internationalen Zusammenhalts. Dazu gehört auch die Unterstützung für die Menschen, die sich nicht Krieg beteiligen wollen, die keine Menschen töten wollen. Die gibt es auf beiden Seiten. Hier wäre ein wichtiges Zeichen der EU, Deserteuren und Kriegsdienstverweigerern Asyl zu gewähren. Das müsste natürlich auch für die Ukraine gelten, die zur Zeit keine Männer im wehrfähigen Alter

ausreisen lässt. Auch das geht nicht, das Recht, sich dem Töten zu entziehen ist ein Menschenrecht und wann soll es gelten wenn nicht gerade im Krieg.

Was kann noch geschehen? Friedens- und Konfliktforscher haben sich immer wieder mit Kriegen und ihrer Beendigung auseinandergesetzt. In diesen Tagen gab es in der TAZ eine Interview mit dem Politologen Prof. Johannes Varwick, in dem dieser sagte: " Jetzt ist also die Stunde, um darüber nachzudenken, wie wir von diesem Baum wieder runterkommen. Eine dauerhafte Eskalation kann ja nicht die Lösung sein.(...) wir müssen versuchen, jetzt wieder Diplomatie ins Spiel zu bringen, und mit Russland über den Donbass und die Einhegung dieses Konflikts reden. Das wäre alle Mühen wert. Nichts wird davon besser, dass man die Dinge treiben lässt." Und der Konfliktforscher Nils-Christian Bormann von der Uni Witten-Herdecke wurde in der WAZ zitiert: "Neben Härte und Entschlossenheit muss es auch Wege zum Dialog geben" Das ist etwas, was vielen in diesen Tagen nur schwer vorstellbar ist. Doch man muss die Dinge nüchtern betrachten, gerade wenn man mit den Menschen mitempfindet, die unter dem Krieg leiden. Auch eines der großen deutschen Friedensforschungsinstitute, die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung hat in diesen Tagen eine Analyse veröffentlicht, in der es heißt: " Die gegenwärtige Lage ist von Ernüchterung, Enttäuschung und Verbitterung gekennzeichnet, das gilt für alle Seiten (...) Friedens- und Sicherheitspolitik, die an einer gerechten, stabilen und langfristigen Ordnung interessiert ist, beginnt dort, wo Interessen, Ängste und Befindlichkeiten der anderen Seite ernst genommen werden. Das bedeutet nicht, völkerrechtswidriges Verhalten zu rechtfertigen. Aber es bedeutet (...) Sicherheit und Frieden als gemeinsame Herausforderung zu begreifen."

Wie die Forscher selber schreiben, fällt einem eine solche Sichtweise in diesen Tagen schwer. Doch um diesen Weg werden wir nicht herumkommen. Wenn wir Frieden für die Ukraine und Europa, wenn wir das Überleben der Menschen wollen, muss der Diplomatie wieder mehr Platz eingeräumt werden. Es muss mehr geben als nur Gespräche zwischen russischen und ukrainischen Unterhändlern und einigen Telefonaten zwischen Macron und Putin, jetzt auch wieder Scholz und Putin, wo nur Standpunkte ausgetauscht werden. Der Anruf von Bundeskanzler Scholz war ein guter Anfang, jetzt muss nachgelegt werden. Die UN müsste ihre Aufgabe als Vermittlerin wahrnehmen, die NATO müsste Verhandlungswillen signalisieren. Denn im Grunde ist es ein Konflikt zwischen Russland und der NATO, der Ukraine-Krieg ist auch ein Stellvertreterkrieg. In Verhandlungen muss stärker ausloten werden, wie man Bewegung in die festgefahrene Lage bekommt, wie man Fortschritte aushandeln kann. Diplomatie endet nicht im Krieg. Noch einmal die Forscher der hessischen Stiftung: "Die Gefahr der aktuellen Krise liegt nicht zuletzt darin, dass Diplomatie, Kooperation und Vertrauen generell eine Absage erteilt wird." Und mit Blick in die Geschichte: "Ohne eine Politik der gemeinsamen Sicherheit wäre Deutschland bis heute nicht vereint" Rufen wir also unsere Regierung auf, neben Sanktionen und der deutlichen Verurteilung des Vorgehens Russlands in der Ukraine wieder stärker eine diplomatische Position einzunehmen und dies auch in der NATO zu kommunizieren, um dem Töten in der Ukraine ein Ende zu setzen. Der Angriff auf das ukrainische Atomkraftwerk hat die Gefahr noch einmal deutlich gemacht die von diesem Krieg ausgeht. Treten wir dafür ein, ihn mit Entschlossenheit und Diplomatie zu beenden!

Unsere Welt steht vor immensen Problemen, der Klimawandel, der Verlust der Artenvielfalt, die soziale Ungleichheit. Der Ukraine-Krieg droht den Kampf gegen all das um Jahre zurückzuwerfen. Und das darf man nicht geschehen lassen. Ist es den anstehenden Aufgaben wirklich angemessen, nun hunderte von Milliarden in den deutschen Rüstungshaushalt zu stecken? Der deutsche Rüstungshaushalt ist in den letzten Jahren permanent gestiegen, ohne das die Ausstattungsmängel der Bundeswehr behoben wurden. Soll nun noch mehr Geld in das schwarze Loch geschüttet werden, worüber sich nur die Rüstungskonzerne freuen, deren Aktien in diesen Tagen durch die Decke gehen? Der Militäretat ist der drittgrößte Posten im Bundeshaushalt, weit vor den Etats für Gesundheit, Verkehr, Bildung. Nun soll der Militäretat auf 2% des BIP erhöht werden, dass wären in diesem Jahr 71,2 Mrd. Im Moment liegt Deutschland mit seinen Militärausgaben an siebter Stelle in der Welt, mit 71,2 Mrd. würde Deutschland hinter den USA, China und Indien an vierter Stelle liegen, hätte den größten Militärhaushalt in Europa. Dient das dem Frieden? Ich denke nein! Die NATO vereint 70% der

weltweiten Rüstungsausgaben auf sich, das zehnfache von Russland. Auch das hat den Angriff auf die Ukraine nicht verhindert. Wozu soll nun eine deutsche Steigerung führen? Wozu diese Steigerung sicherlich führen wird, ist, dass zu wenig Geld in den anderen Bereichen zur Verfügung steht. Für die Energiewende, für eine bessere Ausstattung unseres Gesundheitswesens, für Kampf gegen Armut in unserem Land. Dort wird das Geld fehlen, was jetzt unter dem emotionalen Ausnahmezustand des Ukraine-Krieges durch das Parlament gepeitscht werden soll. Das kann nicht der Weg zu einer besseren Zukunft für unser Land sein, nicht der Weg zu Lösung der Jahrhundertprobleme, vor denen wir alle stehen, nicht der Weg zu Frieden und Sicherheit in Europa. In den Regierungsparteien SPD und Grüne herrscht an der Basis große Skepsis gegenüber den Vorhaben ihrer Führungsebenen. Die SPD hat in dieser Woche eine große Videokonferenz mit 1000 TN durchgeführt, wo große Teile der Mitglieder starke Bedenken gegen diesen Kurswechsel zum Ausdruck brachten. Unterstützen wir sie in dieser Skepsis, im Widerstand gegen eine unsinnige und unnötige Aufstockung des Militäretats. Der Krieg ist zurück in Europa. Nach dem II. Weltkrieg schrieb Berthold Brecht die Zeilen "Zieht nun in neue Kriege nicht, ihr Armen  
Als ob die alten nicht gelangt hätten:  
Ich bitt euch, habet mit euch selbst Erbarmen!"

Brecht hatte die Zeilen damals an die Deutschen gerichtet, es gilt aber für die Russen heute gleichermaßen. Senden wir diese Botschaft an die russischen Menschen, an die Bürger unserer Partnerstadt Kursk und suchen wir gemeinsam Wege, um den schrecklichen Pfad des Krieges zu verlassen.